

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 686 846 pabn d



## Inhalt

Hans Günter Brauch, Leiter der AG Friedensforschung und europäische Sicherheitspolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart und Vollmitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London, kommentiert die Pentagon-Forderung, die Produktion chemischer Waffen wiederaufzunehmen: Vor einer neuen C-Waffen-Runde?  
Seite 1

Helmut Rohde MdB bewertet das Bonner Taktieren vor der neuen Arbeitslosigkeits-Meldung: Wetterfrösche im Startloch.  
Seite 4

**Dokumentation**  
Hermann Buschfort MdB, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt, verurteilte auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Arbeiterwohlfahrt, DGB, SPD und Naturfreundejugend am 12. Februar in Mannheim den Sozialabbau der Wende-Regierung. Wir veröffentlichen seinen Redebeitrag in Auszügen.  
Seite 5

40. Jahrgang / 36

21. Februar 1985

70 Jahre nach Ypern eine neue C-Waffen-Runde?

Über 100 Millionen Dollar für die Wiederaufnahme der C-Waffenproduktion im US-Verteidigungshaushalt gefordert

Von Dr. Hans Günter Brauch

Leiter der AG Friedensforschung und europäische Sicherheitspolitik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Stuttgart

Vollmitglied des Internationalen Instituts für Strategische Studien, London

"Die französischen Truppen beobachten über die Brustwehr ihrer Gräben hinweg diese merkwürdige Wolke, die sie wenigstens für kürzere Zeit gegen das feindliche Feuer schützte; da sah man plötzlich, wie sie die Arme in die Luft warfen, die Hände um den Hals legten und sich dann am Boden wälzten, eine Beute des grausamen Erstickens. Viele erhoben sich nicht wieder, während ihre Kameraden, dem teuflischen Vorgehen gegenüber ohnmächtig, kopflös nach rückwärts flohen, als ob sie wahnsinnig geworden wären, um diesem scheußlich stinkenden Nebel zu entgehen, und liefen bis hinter die weiter zurückliegenden Gräben."

Mit diesen Worten beschrieb der Schriftsteller Conan Doyle auf Grund von Augenzeugenberichten die Geschehnisse, mit denen am 22. April 1915 gegen 18.00 Uhr an der Westfront bei Ypern in Flandern erstmals Giftgas im großen Stile eingesetzt wurde. Der Gaskrieg des Ersten Weltkrieges forderte fast 1,3 Millionen Gasopfer, davon über 39.000 Gastote. Im März 1984 wurden im Golfkrieg nach Erkenntnissen der UNO-Untersuchungskommission erstmals der Nervenkampfstoff Tabun in einem Kriege eingesetzt. Siebzig Jahre nach Ypern steht eine neue Spirale des Waffentrüstens bevor, wenn die Wünsche des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom amerikanischen Kongreß erfüllt und die im Haushalt 1986 geforderten über 100 Millionen Dollar für die Aufnahme der Produktion sogenannter binärer, das heißt aus zwei Komponenten bestehender, Nervengasmunitionen bewilligt werden sollte.



Präsident Reagan hatte erstmals am 8. Februar 1982 aus Gründen der nationalen Sicherheit die Aufhebung eines einseitigen C-Waffen-Produktionsmoratoriums Präsident Nixons aus dem Jahre 1969 gefordert. Dreimal hat der Kongreß in den Haushaltsjahren 1983, 1984 und 1985 äußerst knapp die Mittel für die Produktionsaufnahme abgelehnt, jedoch die Mittel für die Erstellung der Produktionsanlagen für zwei binäre Munitionen in Pine Bluff im US-Staat Arkansas bewilligt. Ob der Kongreß allerdings ein viertes Mal, nach Fertigstellung der Produktionsanlagen im Laufe des Jahres 1985, die Mittel für die beiden binären Nervenkampfstoffmunitionen 155-mm-Haubitze und die Bigeye-Sprühbombe verweigern wird, dürfte mit von der Haltung der Bundesrepublik in der Stationierungsfrage abhängen. Bisher sind nur auf deutschem Gebiet außerhalb des amerikanischen Territoriums Einkomponenten C-Waffenmunitionen gelagert, die mit den Nervenkampfstoffen Sarin (GB) und dem hochgiftigen seßhaften Nervenkampfstoff VX gefüllt sind.

Im Rahmen des Rogerplanes, der im Dezember 1984 als langfristige Verteidigungsrichtlinie der NATO durch die 14 NATO-Verteidigungsminister aufgenommen wurde, wird ein neuer taktisch-operativer Rahmen für die Einführung der als Deep-Strike-Waffe gerechtfertigten Bigeye-Sprühbombe geschaffen. Zahlreiche westliche C-Waffenexperten gehen davon aus, daß auch die Sowjetunion über die technische Fähigkeit zur Herstellung von binären Nervenkampfstoffmunitionen verfügt, und daß Frankreich diese gegenwärtig entwickelt.

Sollte zu Beginn des Haushaltsjahres 1986 ab 1. Oktober 1985 in den USA die Produktion von binären Nervenkampfstoffmunitionen aufgenommen werden und sich die Sowjetunion und Frankreich sowie gegebenenfalls auch Großbritannien diesem Schritt anschließen, dann sind folgende Auswirkungen auf die Genfer Gespräche über ein umfassendes Verbot der Herstellung, der Lagerung und des Einsatzes aller C-Waffen voraussehbar:

1. Binäre Nervenkampfstoffmunitionen sind leichter herstellbar und damit im Rahmen eines Rüstungskontrollabkommens schwerer überprüfbar.
2. Binäre Nervenkampfstoffmunitionen sind leichter (zum Beispiel auch auf Schiffen) transportierbar und auf dem Gefechtsfeld leichter handhabbar bei einem geringeren Unfallrisiko.



3. Die Wiederaufnahme der C-Waffenproduktion erhöht die Gefahr einer Weitergabe der C-Waffen auch an Länder der Dritten Welt. Bisher war die Bundesregierung nicht bereit, auf Druck der deutschen chemischen Industrie, den Vorschlägen der USA und vor allem der Niederlande zu folgen, die bis zu zwölf Vorprodukte für chemische Waffen auf die Verbotliste bei Exporten setzen wollten.
4. Sind die neuen C-Waffen erst einmal produziert, dann ist nach einer Äußerung des Pentagon-Staatssekretärs Richard Perle vom 15. März 1982 davon auszugehen, daß die Europäer (sprich die deutsche Bundesregierung) am Ende eines Dialogs "einem System der Vornstationierung" zustimmen würden.

Auf eine Frage nach der Haltung der Bundesregierung zu einer eventuellen Lagerung amerikanischer chemischer Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik antwortete Verteidigungsminister Dr. Manfred Wörner am 7. Oktober 1983 in Loccum: "Es gibt kein Ansinnen der amerikanischen Regierung, diese Waffen in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren. Diese Frage ist also für die Bundesregierung nicht aktuell." Aus dem Weißbuch 1983 des Bundesministeriums für Verteidigung haben amerikanische Militärs im Frühjahr 1984 bei den Kongreßangehörigen eine kooperative Haltung der Bundesregierung abgelesen:

"Solange die C-Waffen-Bedrohung jedoch fortbesteht, hält die Bundesregierung wie ihre Bündnispartner es für unerläßlich, im NATO-Rahmen nicht nur die C-Waffen-Abwehrfähigkeit zu verbessern, sondern auch eine im Umfang begrenzte Repressalienkapazität aufrechtzuerhalten, um einen Aggressor von einem völkerrechtswidrigen C-Waffen-Einsatz abzuhalten."

In einer Antwort der Bundesregierung zum Giftgas vom Oktober 1983 hat die Bundesregierung die politisch und militärisch engere, vom Auswärtigen Amt formulierte, Rechtsposition nicht wiederholt, nach der ein C-Waffen-Einsatz im Rahmen der Bedingungen einer gleichartigen Repressalie "nur nach vorheriger Androhung und nur solange in Frage käme, wie ein Gegner nicht von seiner Völkerrechtsverletzung abließe. Ein solcher Repressalieneinsatz müßte sich direkt gegen den Rechtsverletzer richten. Er müßte dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen und dürfte Kombattanten und Zivilbevölkerung nicht unterschiedslos treffen". Da dies auf deutschem Gebiet nicht möglich ist, ist der Einspruch der Hardthöhe verständlich. Droht 70 Jahre nach Ypern eine neue C-Waffenrunde?

(-/21.2.1985/vo-he/rs)

+ + +



Wetterfrösche im Startloch

Bonn vor der neuen Arbeitslosigkeits-Meldung

Von Helmut Rohde MdB

Diesmal taktiert die Bundesregierung vorsichtiger. Schon ehe die Februar-Zahlen vorliegen, wird die deutsche Öffentlichkeit auf eine anhaltend hohe Arbeitslosigkeit vorbereitet. Nicht noch einmal will sie das Spiel vom Jahresanfang wiederholen. Ihr Neujahrsoptimismus wurde von der hohen Arbeitslosigkeit im Januar überrollt.

Jetzt präpariert sie vorsorglich Ausflüchte. Während sie im Jahre 1984 dem Streik die Schuld gab, liegt die steigende Arbeitslosigkeit jetzt nach ihrer Meinung am kalten Wetter. Uns fehlt nur noch ein heißer Sommer, dann - folgt man den politischen Wetterberichten der Regierung - sind wir geliefert.

Wenn die Februar-Meldung auf den Tisch kommt, wird die Öffentlichkeit vom politischen Bonn wieder mit einem Kommentare-Spektakel überschüttet werden. So wie die Sache aussieht, wird die Bundesregierung auf das Frühjahr vertrösten. Das Schweizer Prognose-Institut aber rechnet inzwischen mit steigender Arbeitslosigkeit bis in die 90er Jahre, "allen Ankündigungen der Politiker zum Trotz". Auch die Regierung weiß, daß in den nächsten Jahren das Potential an Arbeitsuchenden um eine weitere Million zunehmen wird. Ebenso wird die Zahl der Schulentlassenen, die ohne Lehrstelle bleiben, nach neuesten Berichten ansteigen, auch die Zahl jener jungen Menschen, die nach ihrer Ausbildungszeit keine Arbeit finden. Die Sachverhalte sind gravierend, die Bonner Kommentare allerdings nicht.

Der Grund für die Haltung der Bundesregierung ist eindeutig: Sie will mit der Wahrheit gleichzeitig ihre arbeitsmarktpolitische Verantwortung verdrängen. Die Bonner Monats-Kommentare sind Verschleierungen, innenpolitische Taktik.

Kürzlich fragte die "Süddeutsche Zeitung" in einem Kommentar nach den Gründen für das Verdrängen dieser Wahrheiten. Dies ist inzwischen keine Frage mehr. Das ist Politik geworden. Aus ursprünglich verdrängten Wahrheiten wurden über die Jahre hinweg gewollte Ausflüchte. Indem man die Tatsachen leugnet, entledigt man sich seiner Verantwortlichkeit. Daran beteiligte sich übrigens nicht nur das politische Bonn; seit Jahren üben sich darin auch Wirtschaftsteile von Zeitungen, Verbände, ganze Gruppen von Interessenten. Wo seien denn die Gefahren der Massenarbeitslosigkeit, wurde höhnisch gefragt? Es gibt Zeiten, da kann man sich um der Wahrheit willen die Finger wundschreiben.

Und das wird so bleiben, fürchte ich. Die Regierungskoalition hat in den Bundestags-Ausschüssen bisher das Begehren der Opposition abgelehnt, neben den Jahreswirtschaftsbericht künftig gleichgewichtig und gleichrangig einen Jahresarbeitsmarktbericht vorzulegen. Obwohl wir nicht nur einer intelligenteren Diskussion, auch einer besseren Fassung der Politik gegenüber der Zukunft von Arbeit und Existenz bedürfen. Liberale und Konservative halten das nicht für notwendig. Mit der Arbeitslosigkeit zu leben, gleichsam ungestört und ungequält vom Gedanken an die eigene Verantwortung, darauf hat sich - gehe ich von meinen Parlamentserfahrungen aus - das offizielle Bonn eingerichtet. Gewartet wird nur noch auf eines, auf's Wetter. (-/21.2.1985/vo-he/rs)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O NHermann Buschfort: Die Wende-Politik untergräbt die soziale Stabilität

Der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Buschfort, verurteilte auf einer gemeinsamen Veranstaltung von Arbeiterwohlfahrt, DGB, SPD und Naturfreundejugend am 12. Februar in Mannheim den von der Wenderregierung praktizierten Sozial-Abbau. Wir veröffentlichen seine Rede in Auszügen.

Der Sozialabbau verschärft die bedrohliche Situation, in der als Folge der Wirtschaftskrise immer mehr Menschen soziale Probleme haben, in Notlagen kommen und Armutsbereiche erreichen, die sie für undenkbar hielten. 1983 wurden durch die Haushaltsbegleitgesetze Einsparungen in der Größenordnung von 18 Milliarden vorgenommen, 1984 waren es noch einmal 16 Milliarden. Die Wirkung aus beiden Jahren ergibt allein im Sozialbereich Einsparungen in Höhe von 42 Milliarden DM. Und nach einer Untersuchung von Professor Blum und Mitarbeitern der Universität Köln wird es insgesamt eine Umschichtung von unten nach oben für den Zeitraum von 82 bis 86 in der Größenordnung von 210 Milliarden DM geben. Da kann man nicht mehr sagen, daß dies nur Veränderungen im Randbereich sind. Man muß sagen: Dies ist schon eine Veränderung im Kern, die uns alle mit ganz besonderer Sorge erfüllt. Diese Entwicklung ist nämlich eine Gefahr für die soziale Stabilität unserer Gesellschaft. Soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind aber Voraussetzung für die Aufrechterhaltung und den Aufbau eines demokratischen Staates. Und ich glaube, viele unter uns können noch beurteilen, daß genau aus diesen Bereichen heraus 1933 das Unheil zu uns kam.

Der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung geht es nicht nur um einen Abbau der Sozialleistungen - weit mehr, und so wurde es ja auch öffentlich verkündet - ist ein Umbau der Sozialpolitik in Ausrichtung auf die wirtschaftspolitischen Strategien konservativer Prägung das Ziel. Einzelne Elemente dieser Politik sind

1. das Bestreben, sich aus der Finanzierung des Sozialversicherungsbedarfs weitgehend zurückzuziehen. Auf Kosten der Sozialversicherung soll der Haushalt saniert werden, Finanzierungskrisen und Belastungsverschiebungen sind die Folgen.
2. Durch die staatliche Umverteilungspolitik werden die durch Kürzungen in der Sozialpolitik unten eingesparte Mittel nach oben für die finanzielle Förderung und steuerliche Entlastung von Unternehmen weitergegeben. Ich kann es auch so formulieren, da es für alle nicht reicht, müssen die Armen - wie häufig in unserer Geschichte - wieder herhalten.
3. Mit dem Sozialabbau wird eine Beseitigung solidarischer Strukturen in unserem Volke und eine Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse systematisch gefördert. Ich sehe das voller Sorge; und die Taktik ist weiß Gott nicht schlecht. Man verändert die Bedingungen bei den Schwerbehinderten, man weiß, daß vier Millionen betroffen sind und 56 Millionen nicht. Diese Rechnung wird immer aufgehen.

Man verändert die Bedingungen bei den Ausländern und man weiß, daß es ja auch nur vier Millionen sind und nicht 56 Millionen. Man kürzt das Arbeitslosengeld und die Arbeitslosenhilfe und man kann sicher sein, es sind ja nur 2,5 Millionen und möglicherweise haben die selbst Schuld. Und es sind die Veränderungen im Sozialbereich und man kann sicher sein, daß es keine solidarische Haltung der Gesamtbevölkerung zugunsten der Sozialhilfeempfänger geben wird. Das heißt, die Entsolidarisierung hat voll eingesetzt. Sie wird bewußt gefördert. Sie ist Mittel zum Zweck! Die Benachteiligten haben noch kein Rezept, wie sie auf sich aufmerksam machen sollen, damit auch ihre Sprache laut wird, um auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen. Es geschehen unbemerkt Strukturveränderungen zur Privatisierung sozialer Risiken, die das Solidarprinzip der Sozialpolitik aushöhlen.



Reagan und Thatcher machen nur Politik für die Mehrheit, die sie wählt. Diese Politik ist einfach und erfolgreich. "Die im Dunkeln stehen, sieht man nicht." Dieses Wort von Bert Brecht wird auch bei uns bittere Realität. Wir werden uns aber nicht damit abfinden.

4. Der Sozialabbau schafft neue Armut erschreckenden Ausmaßes, eines Ausmaßes, das wir überwunden glaubten. Die verbliebenen sozialpolitischen Leistungen konzentrieren sich keinesfalls - wie behauptet wird - auf die wirklich Hilfsbedürftigen. Im Gegenteil, die ohnehin Benachteiligten werden tatsächlich durch die Leistungsverschiebung noch weiter ins soziale Abseits gedrängt. Ich darf erinnern an die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl. Er sagte: "Wir müssen auch bei den Behinderten sparen, um den wirklich Behinderten helfen zu können."

Wer wäre mit seiner Formulierung nicht einverstanden? Wir alle. Wenn man aber dann gleichzeitig bei den körperlich und geistig Behinderten in den Werkstätten die Rentenansprüche um über 20 Prozent kürzt, dann weiß man, daß man nicht bei den Behinderten, sondern bei den Schwerbehinderten gespart hat, und daß man die Eltern wieder erfüllt hat mit Sorge, was zukünftig wird. Daß man diesen Personenkreis zurückgedrängt hat in die Sozialhilfe und daß damit eine Veränderung eingetreten ist, die keiner gutheißen kann. Das gleiche gilt für die Ausgliederung der Gehörlosen aus der freien Personenbeförderung. Wir wissen doch, und alle, die hier im Raum sind, sind doch Fachleute, daß gerade diese Personen häufig weit fahren müssen, um sich mit Gleichbehinderten treffen zu können, um sich verständigen zu können. Wenn man in diesem Bereich Veränderungen eingeführt hat, dann stimmt es nicht, daß man gespart hat bei den Behinderten, um wirklich Behinderten helfen zu können. Man hat gespart um des Sparens Willen, gewählt wurde dabei der Weg des geringsten Widerstandes. - Gehörlose können sich nicht artikulieren!

Die sozialpolitisch verheerenden Folgen der Haushaltsoperationen 1983 und 1984 waren weniger Ausdruck gezielter Überlegungen als Zufallsergebnisse einer Rasenmäherpolitik.

Einzelnen Ressorts wurden bestimmte Prozentzahlen oder feste Summen als Sparziel vorgegeben, das erreicht werden mußte, auf Biegen und Brechen. Diese Sparoperationen wurden dann umschrieben mit der Formulierung, Konzentration auf das wirklich Notwendige im Einklang zwischen Regierung und Wirtschaft.

Diese Formulierung ist, abgesehen davon, daß die bisher praktizierte Rasenmäherpolitik dieser Forderung genau entgegenwirkt, eigentlich nur noch als infam zu bezeichnen. Denn sie unterstellt, daß die bisherigen Sozialleistungen eben nicht den Bedürftigen, sondern in erheblichem Umfang Empfängern zugute gekommen wären, die dieser Leistungen nicht bedurft hätten.

Dies ist, so meine ich, ein ungeheuerlicher Vorwurf, der mit allem Nachdruck zurückzuweisen ist, denn dies ist die Fortsetzung der Mißbrauchsdiskussion unseligen Angedenkens mit subtileren Mitteln. Angesichts der gegenwärtigen Entwicklung, sowohl der Arbeitslosenzahlen als auch des allgemeinen Sozialleistungsniveaus, kann nicht eindringlich genug vor einer solchen Auffassung gewarnt werden. Warnungen vor dem Abbau des Sozialstaats, wie sie auch im Deutschen Bundestag und an anderer Stelle an die Adresse der Regierung gerichtet wurden, können gar nicht oft genug wiederholt werden.

Denn ausgehend von der historischen Entwicklung unseres Staates darf eine elementare Besonderheit unserer Republik, die den Ausgleich schaffende Sozialpolitik nicht in derart sträflicher Weise wie in den letzten zwei Jahren vernachlässigt werden. Die Einhaltung und die Erhaltung des sozialen Friedens ist für die Bundesrepublik lebenswichtiges Instrument für die Integration. Es gibt keinen inneren Frieden aller Schichten unseres Volkes ohne sozialen Konsens! (-/21.2.1985/vo-he/rs)

+

+

+

